

DIE LINKE. Offene Liste

Antrag zur Kreistagssitzung am 30.04.2012

Michael Wahl
Kirschgrund 3
36100 Petersberg

Petersberg, 07.04.2012

Herrn Kreistagsvorsitzenden
Franz Rupprecht
Wörthstraße 15

36037 Fulda

Berichts Antrag:

Vermittlung von Beziehern nach SGB II im Alter von 60 bis 64 Jahren im Landkreis Fulda.

Sehr geehrter Herr Rupprecht,
der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss möge schriftlich und mündlich berichten:

1. Wie viele Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II waren am 31.12.2011 im Alter von
60 Jahren
61 Jahren
62 Jahren
63 Jahren
64 Jahren
2. Wie viele Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II waren am 31.12.2010 im Alter von
60 Jahren
61 Jahren
62 Jahren
63 Jahren
64 Jahren
3. Wie viele Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II wurden im Jahr 2011 in eine
Vollzeitarbeitsstelle vermittelt, jeweils im Alter von
60 Jahren
61 Jahren
62 Jahren
63 Jahren
64 Jahren
4. Wie ist die Vermittlungsquote der über 60 Jährigen im Vergleich zu der Gruppe im
Alter von 50 bis 54 Jahren?

5. Wie viele Bezieher/innen von Arbeitslosengeld II gingen 2011 in Rente, je im Alter von
 - 60 Jahren
 - 61 Jahren
 - 62 Jahren
 - 63 Jahren
 - 64 Jahren
 - 65 Jahren
6. Wie viele dieser Rentner/innen erhalten Leistungen aus der Grundsicherung?
7. Erhalten diese Rentner/innen weitere Leistungen nach dem SGB, wenn ja welche?
8. Wie viele Rentner/innen insgesamt erhalten Leistungen aus der Grundsicherung?
9. Wie hoch ist der durchschnittliche Unterschiedsbetrag zwischen Rente und Grundsicherung der gezahlt werden muss?
10. Wie hat sich dieser Betrag in den letzten Jahren entwickelt?

Begründung:

Im Kreishaushalt 2012 sind die Grundsicherung erneut deutliche Ausgabensteigerungen (12 Prozent) eingeplant, dies obwohl die Bezieher von Arbeitslosengeld II im Landkreis rückläufig sind. Die Bundesregierung macht die Erhöhung des Renteneintrittsalters von der Vermittlung älterer Arbeitsloser abhängig. Sollte es nicht gelingen ältere Arbeitslose zu vermitteln, drohen diesen weitere Rentenkürzungen, was wiederum zu zusätzlichen Sozialausgaben führt. Zur Klärung ob die Vermittlungstätigkeit des Amtes für Arbeit und Soziales erfolgreich ist und mit welchen weiteren Belastungen für die öffentlichen Haushalte zu rechnen ist, bitten wir um diesen Bericht.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Wahl